

Stuttgart, 28.11.2006

Berufliche Perspektiven chancenarmer junger Menschen - Ergebnisse der Jugendkonferenz vom 23.10.06

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	11.12.2006
Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen	Beschlussfassung	öffentlich	15.12.2006
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	20.12.2006

Dieser Beschluss wird nicht in das Gemeinderatsauftragssystem aufgenommen.

Beschlussantrag

1. Von der Berichterstattung zur Jugendkonferenz wird Kenntnis genommen (Anlage 1 sowie 2 und 2a).
2. Einer systematischen Erhebung von Datenmaterial („Längsschnittstudie“) mit dem Ziel, die Wege der Jugendlichen nach Abschluss von Förder- und Hauptschule bis zur Einmündung in Ausbildung evaluieren und bewerten zu können (Anlage 3), wird zugestimmt. Der Aufwand von bis zu 350 000 Euro für drei Jahre wird in den Verwaltungshaushalten 2007 bis 2009 bei FiPo. 1.7917.7000000, Zuschüsse zu Arbeitsgelegenheiten sowie bei FiPo. 1.4520.7600.029, Leistungen der Jugendhilfe, aus freierwerdenden Fördermitteln (vorbehaltlich der Einstellung der Förderung der Lotsenstelle) gedeckt.
3. Dem Vorschlag der Verwaltung, im ersten Halbjahr 2007 ein Modell vorzulegen, wie JobCenter u25 und Jugendamt auf eine gemeinsam nutzbare Angebotspalette an Projekten und Maßnahmen zur beruflichen Integration zugreifen und im Rahmen ihres zur Verfügung stehenden Budgets nutzen können, wird zugestimmt (vgl. bereits Ausblick in GRDrs 826/2005).
4. Von der Absicht der Steuerungsgruppe u25, einen Entwurf für ein „Haus für Jugend und Arbeit“ (räumliche Zusammenlegung der Angebote des JobCenters u25, des Kundenzentrums u25 und der Jugendberufshilfe) auszuarbeiten, wird Kenntnis genommen.

Kurzfassung der Begründung

Zu Beschlussantrag 1:

Die Stuttgarter Jugendkonferenz (vgl. auch Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.06) wurde von der im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zum Gesamtfördersystem u25 eingesetzten Steuerungsgruppe veranstaltet. Die Gesamtkoordination lag bei der Jugendhilfeplanung des Jugendamtes. Die Tagung hatte 117 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ziele waren:

- einen Überblick über Unterstützungsangebote herzustellen (Ist-Zustand erheben),
- Transparenz und Abstimmung zu verbessern sowie
- Erkenntnisse für die weitere Maßnahmeplanung zu gewinnen.

Der Verlauf der Konferenz war in Bestandsaufnahme (Gegenwart) und Bedarfserhebung (Zukunft) gegliedert. Sowohl die Inhalte der Beiträge (vgl. Anlage 2a, Beiträge aus den beteiligten Systemen vom Vormittag) als auch die Beschlussanträge sind als Ergebnisse der Konferenz zu werten. Zur Ergebnissicherung werden Beiträge auf der Internetseite der Jugendhilfeplanung eingestellt.

Ein weiteres Konferenzergebnis ist der beiliegende Reader „Von der Schule ... in den Beruf“ (Anlage 4). Diese Übersicht über aktuelle Maßnahmen und Projekte im Übergang Schule-Beruf dient der Praxis als wichtiges Informationsmaterial und stellt zugleich eine Basis für die abgestimmte Maßnahmeplanung der Systeme dar.

Unmittelbar im Anschluss an die Konferenz befasste sich die Steuerungsgruppe u25 mit den Ergebnissen. Auch wenn auf der Jugendkonferenz thematisiert wurde, dass es nicht allen jungen Menschen möglich sein wird, auf dem 1. Arbeitsmarkt Fuss zu fassen (Anlage 1), verfolgt die Steuerungsgruppe u25 explizit das Ziel der Integration möglichst aller junger Menschen in den 1. Arbeitsmarkt. Sie kam einvernehmlich zu folgenden Beschlüssen, die Inhalt der Beschlussanträge 2 - 4 sind.

Zu Beschlussantrag 2:

Es bedarf einer verbesserten und systematischeren Datengrundlage (differenziert nach ethnischen Hintergrund, Geschlecht etc.). Wissen wird darüber benötigt, welche Wege chancenarme Jugendliche nach Abschluss der Haupt- bzw. Förderschule gehen, welche Anschlussperspektiven sie finden, wie sie diese Verläufe und qualifizierenden Maßnahmen selbst bewerten, welche Gewinne sie daraus erzielen und welchen Sinn sie darin sehen. Diese quantitativen und qualitativen Daten liefern wichtige Informationen für die Eruiierung von Problemanzeigen sowie für eine passgenauere Maßnahmenplanung.

Beim Deutschen Jugendinstitut soll über den Zeitraum von drei Jahren eine Längsschnittuntersuchung in Auftrag gegeben werden, um kommunale Daten für Stuttgart zu erhalten (Konzept siehe Anlage 3). Ein erster Erhebungszyklus (alle Stuttgarter Haupt- und FörderschülerInnen in den Endklassen) könnte im März/April 2007 durchgeführt und rechtzeitig zum nächsten Doppelhaushalt ausgewertet werden.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit eines Städtevergleichs, da München, Halle, Leipzig und Jena ab nächstes Frühjahr solche Erhebungen durch das Deutsche Jugendinstitut durchführen lassen.

Die Kosten der Längsschnittuntersuchung betragen voraussichtlich bis zu 350 000 Euro für drei Jahre. Sie können aus nicht benötigten Mitteln für die Arbeitsgelegenheiten mit

Mehraufwandsentschädigung bei der Landeshauptstadt Stuttgart sowie aus den – falls der Gemeinderat der Beendigung der Lotsenstelle bei JobConnections (s. Vorlage GRDRs 793/2006) zustimmt - freiwerdenden Fördermittel der Jugendhilfe finanziert werden.

Zu Beschlussantrag 3:

Lebenslagen junger chancenarmer Frauen und Männer und der daraus abzuleitende (individuelle) Unterstützungsbedarf unterscheiden sich nicht durch die rechtlichen und institutionellen Vorgaben. Dieser Beschlussantrag basiert auf dem Anspruch, dass sich Zugangsmöglichkeiten zu Maßnahmen für junge Menschen nicht mehr unterscheiden. Ob und wie sich dies realisieren lässt, soll im Laufe des ersten Halbjahres 2007 umfassend geprüft werden. Hierfür müssen Verwaltungsverfahren, Finanzierungsgrundlagen und die Zugangsmodalitäten aufeinander abgestimmt werden.

Zu Beschlussantrag 4:

Um den im Beschlußantrag Nr. 3 formulierten Anspruch auch räumlich umzusetzen und zudem für junge Frauen und Männern zusätzliche Wege zu vermeiden, möchte die Steuerungsgruppe u25 Möglichkeiten eines gemeinsamen Hauses mit freundlichem, niedrigschwelligem Eingangsbereich (Bistro etc.) ausloten und dem Gemeinderat im Jahr 2007 vorstellen.

Der auf dem abschließenden Podium geäußerte Wunsch, einen Perspektivwechsel vorzunehmen und die nächste Jugendkonferenz als Konferenz für ALG II beziehende oder aus dem Bezugssystem herausgefallene Jugendliche auszurichten, wurde bereits aufgegriffen. Die Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V. hat sich in Zusammenarbeit mit dem Stuttgarter Jugendhaus e.V. bereit erklärt, solch eine Konferenz im ersten Halbjahr 2007 durchzuführen.

Finanzielle Auswirkungen

Keine

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Die Referate WFB und KBS haben die Vorlage mitgezeichnet.

Vorliegende Anfragen/Anträge:

Antrag 72/2006 der SPD-Fraktion vom 2. März 2006.

Erledigte Anfragen/Anträge:

Antrag 72/2006 der SPD-Fraktion vom 2. März 2006.

Gabriele Müller-Trimbusch
Bürgermeisterin

Anlagen

1. Ausführliche Begründung
2. Einladung und Programm Jugendkonferenz
- 2a. Jugendkonferenz: Beiträge aus den beteiligten Systemen (Power-Point-Präsentation)
3. Informationen zum Konzept der Längsschnittstudie
4. Reader "Von der Schule ... in den Beruf"

<Anlagen>